

Auswirkungen des EU-Beitritts

Die politische Linke war vor dem EU-Beitritt Österreichs sehr EU-kritisch, die Grünen waren z.B. nicht für den EU-Beitritt. Dann entwickelten sie eine neue Irrlehre: gegen die EU zu sein, das ist nationalistisch. Darum muss man internationalistisch und für die EU sein. Dass die internationalistische EU ein Produkt der internationalen Konzerne, des internationalen Finanzkapitals war und ist, beunruhigte die Grünen und andere Linke nimmer. Ihr Kampf unterschied zwischen national und international, statt zwischen den Interessen des Kapitals und den Interessen der arbeitenden Bevölkerung. Und darum stand man im Prinzip nicht auf der Seite der Internationalen in der Tradition der Arbeiterbewegung, sondern auf Seite des naturwüchsigen internationalen Kapitalismus, der Ende der 1980er-Jahre durch den Konkurs des realen Sozialismus den Endsieg im Klassenkampf erringen konnte.

Hier will ich zuerst meine Meinung zum EU-Beitritt wiedergeben. Als alter 68er, der ein bisschen Marxismus verinnerlicht hatte, war es klar: Die EU ist das Gesellschaftssystem des Kapitalismus in Europa. Hier daher zuerst dieser alte (leicht gekürzte) Artikel aus dem Jahre 1994:

Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union:

Fragestellung: Soll der Gesetzesbeschluss des Nationalrates vom 5. Mai 1994 über das Bundesverfassungsgesetz über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union Gesetzeskraft erlangen?

E. Peterseil - Wer braucht die Europäische Union ?¹

Von der ökonomischen Organisation her betrachtet, befindet sich Europa zur Zeit auf der Stufe wie Deutschland in den ersten beiden Dritteln des vorigen Jahrhunderts: Man ist staatlich in verhältnismäßig kleine Einheiten gegliedert, während die wirtschaftliche Entwicklung bereits größere Einheiten hervorgebracht hat. Zwar redet man jetzt gerne von irgendwelchen multikulturellen Zuständen, das einzige aber, das wirklich MULTI ist, sind die multinationalen Konzerne. Und diese möchten gar zu gerne auch den staatlichen Bereich ihrem wirtschaftlichen Bereich angepasst haben. **Darum gibt es die EU.**

Ein fundamentaler Unterschied zum Deutschland des vorigen Jahrhunderts besteht aber dennoch. Zwar ging es auch damals darum, die staatliche der ökonomischen Struktur anzupassen, aber die deutschen Kleinstaaten waren keine Nationalstaaten, sondern Relikte des Feudalismus, die damalige Anpassung erfolgte also im Wege eines nationalen Zusammenschlusses, gegen eine Staats- und Herrschaftsform, die grundsätzlich mit den gesellschaftlich-ökonomischen Gegebenheiten nicht mehr übereinstimmte.

Heute haben wir aber in allen Staaten im EU-Bereich eine liberalkapitalistische Regierungsform, d.h. es besteht kein grundsätzlicher Widerspruch zwischen Über- und Unterbau. Der Weg von einem Europa der Einzelstaaten zur Europäischen Union erfolgt daher nicht im Wege einer alte Verhältnisse umstürzenden Nationswerdung.

Ich habe Nation einmal so definiert: "*Politische Gemeinschaft als staatstragende Kraft mit einem gemeinsamen Territorium, gemeinsamen Wirtschaftsleben, politisch und kultureller Eigenständigkeit, geschichtlicher Tradition und Willen zur Zusammengehörigkeit.*"² Daran sieht man ja wohl eindeutig, dass mit der EU nicht der Weg zu einer *Europäischen Nation* beschritten wird.

Zwar gibt es ein gemeinsames, europäisches Territorium, im Grundsatz auch ein gemeinsames Wirtschaftsleben (sonst würde man keine Hamburger Erdäpfel zu italienischen Pommes Frites verarbeiten), aber die anderen Punkte sind höchstens schwach entwickelt. Der *Wille zur Zusammengehörigkeit* ist sowohl unter der Bevölkerung als auch unter einem beträchtlichen Teil der Politiker eher nicht vorhanden, die geschichtliche Tradition kann fünfzig Jahre nach dem letzten, großen Krieg auch noch keine durchschlagenden identitätsstiftenden Funktionen haben, die politische und kulturelle Eigenständigkeit bezieht sich nicht auf eine europäische Gesamtkultur, sondern eher auf die alten Nationalkulturen. Daher ist die EU auch keine *politische Gemeinschaft als staatstragende Kraft*, sie ist bloß eine übernationale Verwaltungsstelle für die Bedürfnisse der übernationalen Konzerne.

Aber so argumentiert natürlich keiner der EU-Propagandadienste, dort kommen privatwirtschaftliche Profitinteressen überhaupt nicht vor, wahrscheinlich gibt es solche gar nicht, sondern wurden seinerzeit von Karl Marx bloß zum Zwecke der kommunistischen Propaganda erfunden.

Gerade Österreich hatte als ehemaliger *zweiter deutscher Staat* große Schwierigkeiten eine eigene nationale Identität im Sinne der o.a. Definition zu entwickeln. Jetzt bekennt sich die überwältigende Mehrheit der Bewohner dieses Landes zur *österreichischen Nation*. Andererseits gebärden sich Mock und Vranitzky als außerordentlich eifrige Vorreiter der europäischen Integration, dass es selbst die Ideologen der Industriellenvereinigung nicht besser machen könnten. **Die Errichtung eines europäischen Überbaues erfolgt nicht als gesellschaftlich real ge-
deihender Vorgang, sondern als Verordnung von außen und von oben. Die Schwerpunkte der europäischen
Einheit: Freier Verkehr der Güter, der Gelder, der Arbeitskräfte, der Dienstleistungen, entspringen sicherlich
nur im allergeringsten Ausmaß grundsätzlichen Bedürfnissen der Masse der europäischen Bevölkerung,
sondern sind eindeutig Bedürfnisse der kapitalistischen Wirtschaft.**

¹ Antifa-Info Nr. 58 vom Mai 1994

² Peterseil / Karrer, Deutschnationalismus, Nationalsozialismus, Neofaschismus, IAE 1987, Seite 8

Ich sehe daher für mich als unselbständig Erwerbstätigen keinerlei Veranlassung, meine Stimme am 12. Juni 1994 für die Interessen der entwickelten kapitalistischen Wirtschaft und gegen ein unabhängiges und neutrales Österreich in die Waagschale zu legen. Die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist nicht Ziel und Endpunkt der Entwicklung des Menschengeschlechtes. Um weiterhin zu funktionieren, benötigt der Kapitalismus sein regelmäßiges Wirtschaftswachstum, das wiederum kann er nur entwickeln, wenn weiter rationalisiert wird, wenn weiter mit dem Einsatz von weniger Arbeitskräften, mehr erzeugt wird. Vor über 100 Jahren wurden dem Kapitalismus prophezeit, dass diese Entwicklung nicht ad infinitum fortsetzbar ist.

Die merkwürdigen Koalitionen im Anti-EU-Bereich zwischen rechts und links ergeben sich nicht aus einem ideologischen Gleichklang: Die Rechten lehnen die EU aus nationalistischen Motiven ab, sie sehen die EU als multi-kulturelle Institution, die ihre völkisch orientierte Identität gefährdet, unter den Linken müsste eigentlich noch soviel Antikapitalismus im Umlauf sein, damit man zwischen multikulturellem Zusammenwachsen und multinationalen Konzernen zu unterscheiden vermag.

Multikulturelles wird die EU höchstens als Nebenprodukt erzeugen können und es wird eher negativ denn positiv vermarktet werden. Die multinationalen Konzerne selber sind kein Produkt der EU, sondern die EU ist ein Produkt der multinationalen Konzerne. **Und daher gibt ein alter Achtundsechziger trotz FPÖ und alledem am 12. Juni ein Votum gegen den EU-Beitritt ab. Venceremos!**

Und was ist in den knappen zwanzig Jahren seit dieser Volksabstimmung nun wirklich passiert? War in den obigen Zeilen irgendwas politisch falsch? Die Grünen waren damals dagegen, die KPÖ war dagegen und die FPÖ war dagegen. Aus verschiedenen Gründen, hier einige Abstimmungsplakate:



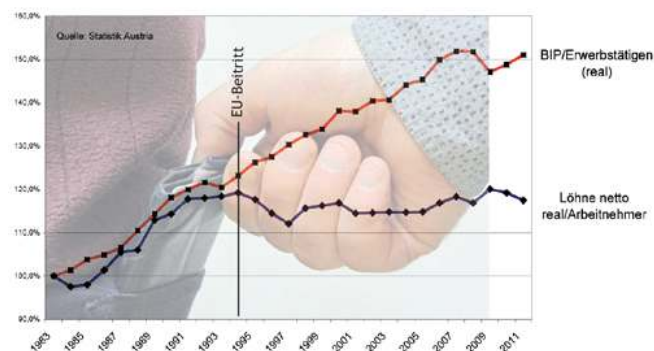
Was die Grünen am Vertrag kritisierten, werden sie wohl heute selber nimmer wissen, weil inzwischen sind sie ja nimmer dagegen, das KPÖ-Plakat hatte den EU-Tatbestand auf das Wesentliche reduziert und die FPÖ hat mit dem hier plakatierten Nebenaspekt auch nicht ganz Unrecht gehabt.

Aber nun ein Sprung ins Jahr 2013 und ein Blick auf die Site der Linzer Solidarwerkstatt, vormals Friedenswerkstatt, eine linke Homepage³, die das EU-Geschehen seit dem Beitritt Österreichs zusammengefasst präsentiert, einige Hauptpunkte wurden ausgewählt:

Wirtschafts- und Sozialpolitik: Bestverhüllter Raubzug der jüngeren Wirtschaftsgeschichte

Die ArbeitnehmerInnen gehören zu den großen Verlierern des EU-Beitritts. Das zeigt die jetzt wieder aktualisierten Verteilungsdaten schonungslos auf (siehe Grafik). Seit dem EU-Beitritt (1994 – 2011) ist die Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen real um 22,6% gestiegen. Die Netto-Reallöhne je ArbeitnehmerIn sind im selben Zeitraum jedoch um 1,5% gesunken. Um sich zu verdeutlichen, was das konkret heißt, ein kleines Rechenexempel: Wir haben das, was die Lohnabhängigen in Österreich seit dem EU-Beitritt wirklich bekommen haben, mit dem verglichen, was sie bekommen hätten, wenn die Verteilung zwischen Arbeit und Kapital seit 1995 konstant geblieben wäre.

Vergleich: BIP real/Erwerbstätigen - Löhne netto real/Arbeitnehmer Österreich, 1983 - 2011



³ Quelle: http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=851

Das Ergebnis ist erstaunlich und offenbart einen der bestverhüllten Raubzüge der jüngeren österreichischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte: In Summe wurde durch das Absenken der Lohnquote den ArbeitnehmerInnen zwischen 1995 und 2011 brutto rd. 119 Milliarden Euro vorenthalten. Das entspricht immerhin einem halben Jahres-BIP (gemessen am Durchschnitt dieser Jahre). 69 Milliarden fehlen direkt in den Brieftaschen der ArbeitnehmerInnen, 20 Milliarden entgingen dem Staat an Lohnsteuer, 31 Milliarden an Sozialversicherungsabgaben. Die Austrocknung der sozialen Kassen – inklusive des Gezeters um die angebliche Unfinanzierbarkeit von Pensionen und Gesundheitsleistungen – resultiert nicht zuletzt aus dieser rasanten Umverteilung von Arbeit zu Kapital.

Untere ArbeiterInneneinkommen minus 40%

Der Einkommensbericht 2012 des Rechnungshofes⁴ verdeutlicht, dass vor allem die unteren Arbeitnehmergruppen massiv an Kaufkraft verloren haben. Die ArbeiterInnen haben zwischen 1998 und 2011 im Durchschnitt inflationsbereinigt 12 Prozent, das unterste Zehntel der ArbeiterInnen sogar 40% verloren. Darin spiegelt sich auch die enorme Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Bei den Angestellten stagnierten im Durchschnitt die Einkommen im Zeitraum 1998 bis 2011, im untersten Zehntel sanken sie um 8%. Auch die Einkommensschere zwischen Männer- und Fraueneinkommen öffnet sich wieder.

Auch eine nähere Aufschlüsselung der Gewinneinkommen lohnt sich. Nominell sind zwischen 1995 und 2011 die Betriebsüberschüsse und Selbständigen-Einkünfte um 98% gestiegen, deutlich über dem BIP (plus 72%) und noch viel deutlicher über dem Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme (plus 58%). Die Betriebsüberschüsse der Kapitalgesellschaften wuchsen um 113%, die von ihnen ausgeschütteten Dividenden gar um 198% (im Vorkrisenjahr 2007 lagen sie sogar 271% über dem Stand von 1995). Noch kräftiger klingelten die Kassen der Aktionäre bei den an der Wiener Börse notierten ATX-Unternehmen. Deren Dividendeneinkünfte kletterten von 2002 bis 2011 um 419% nach oben; den höchsten Wert hatten sie mit einem Plus von 548% im Jahr 2008 erreicht.⁵

Dass mit dem EU-Beitritt Mitte der 90er Jahre die Verteilungsverhältnisse derart dramatisch zugunsten der Kapitaleseite ins Rutschen gekommen sind, hat sicherlich mehrere Gründe. So ist die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften durch die Einbettung in das EU-Binnenmarkt- bzw. Währungsregime deutlich geschwächt worden. Vor allem die weitgehende Zerschlagung der verstaatlichten Industrie und die teilweise Privatisierung von öffentlichen Infrastrukturen verbunden mit Liberalisierung und Deregulierung haben den Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades beschleunigt.

Sozialstaat in der EU ein "Auslaufmodell"

Die tiefe Wirtschafts- und Finanzkrise, die das Resultat nicht zuletzt dieser neoliberalen Wirtschaftspolitik ist, nutzen die EU-Macht- und Kapitaleliten nun zur Radikalisierung des Neoliberalismus und zum Großangriff auf den Sozialstaat. EZB-Chef Draghi hat in einem Interview mit dem Wallstreet-Journal dekretierte: *"Der europäische Sozialstaat ist ein Auslaufmodell. [...] Das Sozialstaatsmodell hat ausgedient"* (23.2.2012). Die Zertrümmerung des Sozialstaats wäre auf nationaler Ebene kaum durchsetzbar. Deshalb werden diese Angriffe über die EU-Ebene vorgetragen, indem die nationalen Parlamente in der Wirtschaftspolitik zunehmend entmachtet werden: EU-Six-Pack, Fiskalpakt, Euro-Plus-Pakt, Two-Pack, ESM, demnächst möglicherweise der Pakt für Wettbewerbsfähigkeit usw. Die EU-Technokratie bemüht sich mittlerweile nicht mehr sonderlich, ihre kapitalfreundliche Agenda zu tarnen. Eine unlängst veröffentlichte Studie der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der europäischen Kommission fordert offen die Senkung gesetzlicher Mindestlöhne, die Kürzung von Arbeitslosenunterstützungen und "weniger zentralisierte" Lohnverhandlungssysteme, mit dem deklarierten Ziel der "Verringerung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht"⁶.

"Eine EU der Banken und Konzerne"

Auch Spitzenfunktionären des ÖGB beginnt zu dämmern, dass sie mit ihrer Euphorie am eigenen Ast gesägt haben. *"Das ist eine EU der Banken und Konzerne, die sich in Wahrheit gegen die Arbeitnehmer richtet"*, wettete Ende 2012 der Chef des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Erich Foglar (ÖÖN, 31.12.2012). Man könnte ihn natürlich fragen, warum die ÖGB-Repräsentanten im selben Jahr dem Fiskalpakt zugestimmt haben, der der EU-Kommission ein weiteres Machtinstrument in die Hand gibt, um diese arbeitnehmerfeindliche Politik noch effektiver zu exekutieren. Ohne die Stimmen der ÖGB-Funktionäre wäre der Fiskalpakt im österreichischen Nationalrat nicht durchsetzbar gewesen.

Arbeitslose Jugend

2009 leitete die EU-Kommission ein Defizitverfahren gegen Österreich ein. Seither brechen die Gemeindeinvestitionen ein (siehe. S. 11), Nulllohnstunden und Pensionskürzungen schwächen die Inlandsnachfrage. Diese Politik hat maßgeblich dazu beigetragen, dass in Österreich noch nie in der Nachkriegszeit so viele Menschen arbeitslos

⁴ Bericht des Rechnungshofes, Reihe Einkommen 2012/1, 19.12.2012, Wien

⁵ Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung, Wichtige Kennzahlen börsennotierter Unternehmen in Österreich, 2002 – 2010, Wien, Oktober 2011

⁶ EU-Kommission, „Labour Market Developments in Europe 2012“, in: European Economy 5/2012

gemeldet waren wie 2012. Inklusive SchulungsteilnehmerInnen suchten im Jahresdurchschnitt mehr als 327.000 Menschen einen Arbeitsplatz. Aktuell zum Monatsende Februar 2013 wurden wieder neue Höchstwerte erreicht. Inklusive SchulungsteilnehmerInnen suchten über 404.000 Menschen in Österreich einen passenden Arbeitsplatz. Ihnen stehen 28.300 gemeldete offene Stellen: 28.300 gegenüber, wobei nicht alle dem AMS gemeldet werden. D.h. mehr als 14 Arbeitslose stellten sich um eine offene Stelle an. Über 80.000 junge Menschen unter 25 Jahren suchen eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle (Quelle: Christian Winkler, Sozialplattform OÖ).

Am dramatischsten entwickelt sich die Arbeitslosigkeit in jenen EU-Staaten, die unter den "Schutzschirm" der EU gekommen sind und sich den "Strukturanpassungsprogrammen" der "Troika" (EU-Kommission, EZB, IWF) unterwerfen mussten. Dort explodiert die Arbeitslosigkeit geradezu, insbesondere unter Jugendlichen (siehe Tabelle).

Wer rettet die Jugend?

Jugendarbeitslosigkeit in Staaten vor und nachdem sie unter den "EU-Rettungsschirm" geraten sind

	VORHER Febr 2009	NACHHER Febr 2013
Griechenland	39,8%	58,4%
Spanien	40,1%	55,7%
Irland	20,5%	30,8%
Portugal	19,2%	38,2%

Quelle: Eurostat

Pensionen: Rente mit 72?

Die schwarz-blaue Pensionsreform aus dem Jahr 2003 stellt den bislang massivsten Sozialabbau in Österreich dar. Durch die Ausweitung des Durchrechnungszeitraums von 15 Jahren auf die Lebensarbeitszeit sowie abfallend geringere Steigerungssätze werden die Pensionen längerfristig durchschnittlich zwischen 27% und 38% sinken (vgl. Hans-Böckler-Stiftung, Jänner 2005). Diese Pensionsreform ging unmittelbar auf die "Lissabon-Strategie 2010" der EU zurück, bei der die EU-Staatschefs Anfang 2000 tiefe Einschnitte in die Pensionssysteme vereinbarten. Entsprechend groß fiel der Applaus der EU-Kommission für diesen Pensionsraub aus.

Mittlerweile will die Kommission aber mehr Sozialabbau sehen – viel mehr: "Sozial"-Kommissar Laszlo Andor propagiert die Anhebung des Pensionsalters um fünf bis sieben Jahre, also auf 70 bis 72 (sh. Standard, 19.09.2012). Seit 2000 lagen auch die Pensionsanpassungen zumeist deutlich unter der Inflationsrate. Der Kaufkraftverlust für PensionistInnen im abgelaufenen Jahrzehnt liegt bei rund 8 Prozent (siehe Grafik). Das aufgrund des EU-Fiskalpakts geschnürte Belastungspaket der Regierung sieht für 2013 und 2014 deutliche Realeinkommensverluste für die SeniorInnen vor. 2011 lag die Durchschnittspension bei 987 Euro. Zum Vergleich: die Armutsgefährdungsschwelle liegt laut EU für Österreich bei 1.031 Euro.

Die offizielle Begründung für die Anhebung des Pensionsantrittsalters, dass "wir alle" schließlich immer älter werden, muss hinterfragt werden. Neuere Studien aus Deutschland und den USA zeigen, dass die Lebenserwartung von Menschen aus unteren sozialen Schichten nicht nur deutlich unter denen von Besserverdienenden liegt, ihre Lebenserwartung nimmt mittlerweile sogar wieder - zum Teil erheblich - ab. Die Pensionspläne der Kommission können daher knapp so zusammengefasst werden: "Die früher sterben, sollen länger arbeiten, damit die, die länger leben, länger ihre hohen Renten und Privatvermögen genießen dürfen" (Richard Schubert, in: Standard, 05.10.2012).

Kaufkraftverlust der Pensionen in Österreich 1993 - 2013
(in % aggregiert, 2013 Prognose)



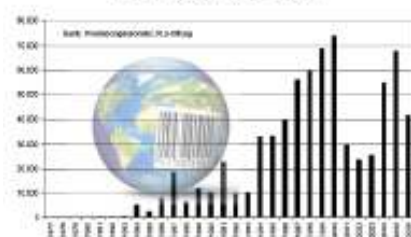
Öffentliches Eigentum: Fataler Privatisierungsrausch

Der ehemalige EU-Wirtschaftskommissar Bangemann bezeichnete die Einführung des EU-Binnenmarktes als das "größte Deregulierungsprojekt der Wirtschaftsgeschichte." Dieser Deregulierung folgte ein wahrer Privatisierungsrausch. Vergleicht man die 15 Jahre vor Einführung des EU-Binnenmarktes (1987) mit den 15 darauf folgenden Jahren, enthüllt sich die Dramatik dieses wirtschaftlichen Einschnitts: Die Privatisierungserlöse der EU-25 schnellten von 18 Mrd. Euro auf fast 500 Milliarden Euro in die Höhe, also auf fast das 30-Fache (siehe. Grafik).

Nicht umsonst verweist der "European Round Table (of Industrialists)", die Chefrunde der 48 größten europäischen Industriekonzerne, stolz darauf, der Kommission die Vorlage für das Binnenmarkt-Konzept geschrieben zu haben. Kein Wunder also, dass die EU-Kommission 1991 in ihrem Avis zum österreichischen EG/EU-Beitritt den "hohen Staatsanteil" in der österreichischen Wirtschaft rügte. Damit räumten dann rot-schwarz ebenso wie schwarz-blauen Regierungen rasch auf. Nahezu die gesamte verstaatlichte Industrie, eine Reihe großer Banken und ein Teil der Infrastrukturen (Post, Energie, Telekom) wanderten an privates Kapital. Die Folgen: Steigende Arbeitslosigkeit, Verlust an wirtschaftspolitischer Steuerungsfähigkeit, Werksschließungen, Schwächung der Ge-

Fataler Privatisierungsrausch

Privatisierung in Europa (EU 25)
Erlöse in Mio. Euro (1987 - 2006)



werkschaften, damit Sozialabbau, Lohndruck und Arbeitsverdichtung in der gesamten Wirtschaft, Korruption im großen Stil - und teilweise fantastisch sprudelnde Dividendenerlöse für die Aktionäre: Unternehmen wie die teilprivatisierte Post und Telekom schütteten über Jahre hinweg weitaus mehr an Gewinnen aus, als sie erwirtschafteten, um die Aktionäre bei Laune zu halten. Gleichzeitig wurden etwa bei der Post tausende Arbeitsplätze vernichtet und 70% der Postämter zugesperrt. Und sogar für den Staatshaushalt erwiesen sich die Privatisierungen als Bumerang, da Einmaleinnahmen der laufende Entgang von Dividenden und Gewinnen gegenübersteht. So ergeben Berechnungen der AK, dass die Privatisierungen von OMV, Post und Telekom den österreichischen Steuerzahler zwischen 2006 und 2010 netto 1,27 Mrd. Euro gekostet haben.

Aus den EU-Grundlagenverträgen: Verpflichtung zum Neoliberalismus



Das EU-Primärrecht schreibt eine neoliberale Wirtschaftspolitik fest, indem es alle EU-Staaten zu einer Wirtschaftspolitik "der offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" verpflichtet (Art. 119, 120, Vertrag über die Arbeitsweise der EU, VAEU). Die Kapitalverkehrsfreiheit gilt als einer der obersten Grundsätze: "Alle Beschränkungen des Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und dritten Ländern sind verboten." (Art. 63, VAEU)

Die Europäische Zentralbank hat eine quasi monarchische Stellung. Sie darf ausdrücklich keinem Einfluss demokratisch gewählter Organe unterworfen werden (Art. 130, VAEU). Die EZB ist auf den unbedingten Vorrang von Hartwährungspolitik vor Beschäftigungspolitik verpflichtet (Art. 127, VAEU), also auf die Interessen der großen Vermögensbesitzer vor denen der großen Mehrzahl der Bevölkerung.

Liberalisierung und Privatisierung: Das EU-Grundlagenrecht unterwirft die öffentlichen Dienste dem Wettbewerbsrecht des EU-Binnenmarktes (Art. 106, VAEU) und schafft damit die gesetzlichen Grundlagen für die Liberalisierungswut der EU-Kommission in Bereichen wie Wasser, Energie, Verkehr, Gesundheit, usw.

Freihandel als Verfassungsgrundsatz: Die EU-Kommission kann internationale Handelsverträge auch in den sensiblen Bereichen Bildung, Soziales und Gesundheit aushandeln, ohne die Zustimmung der nationalen Parlamente einholen zu müssen. Dabei ist die Kommission laut EU-Recht zum "Abbau der internationalen Handelshemmnisse" verpflichtet (Art. 21, Vertrag über die EU (VEU); Art. 206, VAEU)

Der deutsche Staatsrechtler Andreas Fishan (Univ. Bielefeldt) kommt zu folgendem Urteil: "Die konstitutionellen Grundlagen des europäischen Staates schotten diesen gegen eine sozialreformatorische Politik ab, lassen eine Umstellung in Richtung einer solidarischen Ökonomie nicht zu, weil diese mit den normativen Vorgaben des Europäischen Primärrechts nicht übereinstimmt. Das bedeutet zunächst, dass die konstitutionellen Grundlagen des Europäischen Staates, die Reproduktion der kapitalistischen Ökonomie abschotten gegen eine sozialreformatorische transformatorische Politik, und zwar in einem Umfang, der den nationalstaatlichen Verfassungen unbekannt ist. Eine alternative Wirtschaftspolitik, die eine demokratische Kontrolle der Wirtschaft und damit immer deren Regulation verfolgt, erscheint im Rahmen des Primärrechts der Europäischen Gemeinschaft ausgeschlossen. [...] Die programmatischen Festlegungen des Europäischen Primärrechts sind so eng, dass sie Politik nur in einer ganz besonderen, nämlich neoliberalen Weise zulassen" (aus: Andreas Fishan, Herrschaft im Wandel – Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates, in: PapyRossa, Köln 2008, 379f).

Soweit ein paar verborgene Wahrheiten. Die Sache liegt klar: Die EU ist eine neoliberale Ausbeutungsmaschine, ein Instrument des Klassenkampfes gegen die arbeitenden Menschen. Aber geredet wird darüber heute nicht. Weil die kapitalistische Ausbeutung ist kein Thema über das im Reich der kapitalistischen Ausbeutung geredet wird. Darüber wird geschwiegen. Weil Ausbeutung ist wieder Schicksal geworden.

Die EU ist keine übernationale Gemeinschaft europäischer Kulturen, sondern die Verwaltungseinrichtung der internationalen Konzerne und des Finanzkapitals, die Masse der Bevölkerung hat bisher fast nur Nachteile zu erleiden gehabt, während das Finanzkapital nicht mehr weiß, was sie mit den angesammelten Billionenvermögen anfangen soll. Für Investitionen wird es längst nicht mehr benötigt, der Versuch diese Gelder im Spekulationsweg zu vernichten, gelang auch nicht, weil hier wieder das traditionelle Kapitalismussystem eingriff: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Die Masse der arbeitenden Bevölkerung hat keine wahrnehmbaren Interessenvertretungen mehr, im Klassenkampf des Kapitals gegen die arbeitende Klasse wird kein oder fast kein Widerstand mehr geleistet. Seit zwanzig Jahren gibt es bei uns keine Nettoerlohnerhöhungen mehr, Gewerkschaften und Sozialdemokratie sehen ihre Tätigkeit nur noch in einem sehr zurückhaltenden und vorsichtigen Mahnen, es nicht noch schlimmer werden zu lassen, eine offensive Vertretung der Interessen der arbeitenden Menschen gibt es überhaupt nicht mehr. Achja, die Grünen kümmern sich mit ihrem Klostersuppensozialismus um gänzlich Deklassierte.

Den Klassenkampf gibt es seit dem Endsieg des Kapitalismus nur noch von oben nach unten. Die arbeitende Klasse hat nur noch zu arbeiten und nicht mehr zu kämpfen! So einfach ist die Welt von heute, dafür haben 1994 leider 66,6 Prozent der Österreicher gestimmt - sie stimmten gegen sich und ihre Interessen und für die Interessen der Ausbeuterklasse. Aber hin und wieder davon reden, das muss man auch 2013!

Denn die Hoffnung geben wir nicht auf. Wie Ferdinand Freiligrath nach der Niederlage von 1848 schrieb: "Trotz alledem und alledem! So kommt denn an, trotz alledem! Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht! Unser die Welt, trotz alledem!" Stéphane Hessel schrieb, "Empört Euch!" Tut es!

Erwin Peterseil, Atheist und Sozialist.